

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinr. Jahrenbrach, Düsseldorf, Florstr. 7, Tel. 127 52. Druck und Versand Joh. van Nieu, Krefeld, Emig. Str. 65, Tel. 246 14. Schriftleitung: Otto Müller, D'borf, Florstr. 7.

Nummer 22

Düsseldorf, den 3. Juni 1933

Verlansort Krefeld

Zur Lage der deutschen Textilindustrie

Die deutsche Textilwirtschaft hatte bereits zu Beginn des verflossenen Jahres, wie die amtlichen Konjunkturberichte ebenso wie die Feststellungen privater Sachverständiger Kenner der deutschen Textilindustrie bestätigen, das Konjunkturtief überschritten. Einem stärker fühlbaren Wiederaufstieg der Textilkonjunktur standen jedoch zunächst noch zwei hauptsächlichliche Hemmungsmomente entgegen:

Weltwirtschaftlich wurde die Entwicklung zunächst weiter ungünstig beeinflusst durch die noch ungeklärte und unsichere Lage und Preisgestaltung auf den Textilrohstoffmärkten, die einem stärkeren Optimismus und langfristigen Dispositionen hindernd im Wege standen. Die allgemeine Valutakrise kam hinzu, diese von den Rohstoffmärkten ausgehenden hemmenden Momente zu verstärken. Zum anderen aber beeinflusste die gesamtpolitische Unsicherheit, insbesondere aber die verworrene innerpolitische Lage Deutschlands, die Lage der deutschen Textilindustrie doppelt nachteilig. Sie verschlechterte zunächst naturgemäß die Exportchancen der deutschen Textilindustrie ganz erheblich; ebenso aber wirkte sie sich nachteilig auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung aus, indem sie die Dispositionsfreudigkeit und Unternehmungslust so gut wie völlig lahmlegte und zu einer geradezu beängstigenden Erstarrung des Inlandsgeschäftes in den letzten Monaten führte.

Belegung der Rohstoffmärkte

innerpolitische Stabilisierung

Inzwischen hat auf den Rohstoffmärkten eine offensichtliche konjunkturelle Belebung eingesetzt. Wenn auch die Valutafschwankungen des Dollars sich in dieser Hinsicht zunächst noch hemmend auswirken, so ist doch eine deutlich erkennbare Aufwärtsbewegung in der Preisentwicklung eingetreten, die einen günstigen Einfluss auch auf die Dispositionen und die Nachfrage der Verarbeiter zeitigte. Vor allem aber hat sich auf die deutsche Textilwirtschaft die inzwischen eingetretene Klärung der innerpolitischen Verhältnisse in günstiger Weise ausgewirkt. Seit Ende Januar liegt der Kurs der politischen Entwicklung Deutschlands fest; alle jene beunruhigenden Momente politischer Unsicherheit über Regierungskurs und Kurswechsel, unter denen die Industrien in den vergangenen Jahren immer wieder zu leiden hatten, sind ausgeschaltet und für die künftige Entwicklung gegenstandslos geworden. Die natürliche Folge dieser innerpolitischen Beruhigung ist, daß das Vertrauen in die allmähliche Gesundung der Wirtschaft zurückkehrt und damit auch die Unternehmungsfreudigkeit wächst. Die so geschaffene Stabilität der künftigen politischen Gestaltung ist insoweit für die Industrie ein außerordentlich starkes Plus, dessen Bedeutung für die künftige Konjunkturgestaltung nicht unterschätzt werden darf.

„Spezial-Konjunktur“

verstärkt die Belebung

So konnte die verspätet eingetretene Frühjahrskonjunktur dieses Jahres in der Textilindustrie mit verstärktem Nachdruck einsetzen, nachdem von der Belebung der Rohstoffmärkte ebenso wie vom Politischen aus günstige Bedingungen einer neuen Aufwärtsbewegung für die konjunkturelle Entwicklung gegeben waren. Die monatelange Reserve der Käuferschaft führte gleichzeitig zu einem merklich erhöhten Nachfrageeinsatz, der nach der bisher geübten Zurückhaltung der Konsumenten, des Handels und der Verarbeiter für alle Produktionsstufen Vorteil brachte. Hinzu kam weiter zugunsten der deutschen Textilwirtschaft eine überraschend einsetzende „Spezialkonjunktur“, die sich für einzelne Zweige — so z. B. für die deutsche Baumwollindustrie und Konfektion — fast zu einer regelrechten Kaufschwemme entwickelte: die aus der nationalen Bewegung resultierende besonders heftige

Nachfrage nach Uniformstoffen, Fahnenstoffen usw., die dazu beitrug, die einsetzende Konjunktur zu verstärken. Auch die Cord- und Tuchwebererei profitierte davon in ergiebiger Weise. Der so verursachte plötzliche Einsatz einer unerwartet starken Nachfrage stieß zudem in den meisten Fällen auf völlig ungenügende Lagerbestände sowohl in Fertigfabrikaten als auch an Rohgeweben und Garnen, nachdem unter der Krisenwirkung der letzten Jahre eine weit über das normale Maß hinausgehende Verknappung und Einengung der Lagerhaltung Platz gegriffen hatte. Der überraschend heftige Charakter dieser Sonderkonjunktur wurde dadurch noch verstärkt.

Konjunktur begünstigt Preise

Nicht zuletzt kam diese Sonderkonjunktur auch jenen Industriezweigen zugute, die selbst nicht direkt an dieser Nachfrage interessiert sind. Durch die starke Beschäftigung jener begünstigten Betriebe kamen sie in die Lage, jetzt einen Teil des modemäßigen Saisongeschäftes aufzufangen und selber so mit „in die Konjunktur zu kommen“.

So kam die zunächst überwiegend psychologische Konjunkturchance aus der rohstoff-

markt- und politisch orientierten Verteilung im Verein mit den realen Konjunkturfaktoren gesteigerter Nachfrage auch jenen Branchen zugute, die zunächst kaum damit rechnen konnten; neben den Baumwollspinnereien und Webereien (vornehmlich Buntwebereien), Tuch- und Cordweberien und neben der Färberei und Veredelungsindustrie hatten auch Druckereien, Seiden- und Halbseidenweberien, Belvetweberien und insbesondere wiederum die nachfragebegünstigte Wollindustrie an der Konjunkturbelebung beträchtlichen Anteil.

Angeichts dieser Entwicklung war — was besonders beachtlich ist — auch eine, wenn auch geringe Besserung in der Preissetzung zu erzielen. Allerdings übt hier nach wie vor die völlig unzureichende allgemeine Kaufkraft einen starken Druck aus und setzt der Preisgestaltung ebenso wie dem Inlandsabsatz an sich unübersteigbare Grenzen im gesunkenen Gesamteinkommen der Abnehmer, so daß von einer befriedigenden Preisgestaltung noch immer nicht die Rede sein kann.

Um die Arbeitslosenversicherung

Die Frage einer Reform der Arbeitslosenversicherung wird in jüngerer Zeit wieder stärker erörtert. Dabei treten vor allen Dingen zwei Gesichtspunkte in den Vordergrund. Einmal das Fürsorgeprinzip mit der Betreuung der Erwerbslosen durch die Gemeinden und zum zweiten das Versicherungsprinzip mit der Arbeitslosenbetreuung durch die Arbeitsämter. Das Fürsorgeprinzip wird vorwiegend von den Vertretern der Kommunen empfohlen, während das Reichsarbeitsministerium den Versicherungscharakter mit Aufrechterhaltung der Organisation der Reichsanstalt beibehalten möchte.

Die Arbeitnehmerschaft hat alles Interesse daran, daß die Auffassung des Reichsarbeitsministeriums, die das Versicherungsprinzip aufrechterhalten will, durchdringt. Ja, sie muß darüber hinaus erwarten, daß dieses Prinzip, das durch die Juni-Notverordnung und die Verordnung zur Ergänzung sozialer Leistungen vom Oktober vergangenen Jahres weitgehend durchbrochen wurde, wieder rückhaltlos zur Geltung kommt. Der gegenwärtige Zustand, wonach dem Versicherten einerseits nur hohe Beiträge abgenommen werden, denen andererseits nur ganz geringfügige Ansprüche an die Versicherung gegenüberstehen, ist längst abänderungsbedürftig. So beträgt in vielen Fällen die jährliche Beitragsleistung das Doppelte dessen, was der Versicherte an Unterstützung in sechs Wochen beziehen kann. Die sechs Wochen Bezugsfrist ist bei den jetzigen Beitragsleistungen eine glatte Unmöglichkeit.

Besonders kräftig wirkt sich das Mißverhältnis zwischen Beitrag und Leistung bei jenen Arbeitnehmern aus, die bisher ohne Unterbrechung ihre Beiträge entrichteten.

Sie haben in langen Jahren ganz ansehnliche Summen in die Versicherung eingezahlt. Diese Summen würden einschließlich der Zinsen sehr oft genügen, den Versicherten im Falle der Arbeitslosigkeit ein Jahr lang über Wasser zu halten. Statt dessen haben alle diese Versicherten nach den gewärtigen Bestimmungen nur einen Anspruch auf sechs Wochen Unterstützung. Jede private Versicherung, die Beitrag und Leistung in dieser Form abmessen würde, wäre unmöglich.

Man wird dem entgegenhalten können, daß die Arbeitnehmer, die bisher von Arbeitslosigkeit verschont blieben, trotzdem gegenüber ihren arbeitslosen Kollegen im Vorteil gewesen sind. Das trifft zweifellos zu. Aber aus dieser Tatsache läßt sich doch unmöglich die Berechtigung herleiten, die in Arbeit stehenden Arbeitnehmer in dieser Form in eine Versicherung hineinzu-zwingen. Solange es sich um eine Versicherung handelt, muß Leistung und Gegenlei-

stung in einem entsprechenden Verhältnis zueinander stehen. Außerdem ist auch nicht einzusehen, weshalb mit den Arbeitnehmern in dieser Weise gezwungen werden, unter dem Deckmantel einer Versicherung für die Arbeitslosen zu sorgen; wenn man hier den Grundsatz der Solidarhaftung anwenden will, warum zieht man denn den Kreis der Haftenden nicht weiter und dehnt ihn aus auf alle Einkommensbezieher?

Der Vorschlag der Kommunen, das Versicherungsprinzip zu Gunsten des Fürsorgeprinzips aufzuheben, ist nur dann sachlich berechtigt, wenn gleichzeitig die Beitragspflicht in Wegfall kommt und die Aufbringung der Mittel für diese Fürsorge auf dem allgemeinen Steuerwege erfolgt.

Leider ist bisher seitens der Kommunen eine Stellungnahme in diesem Sinne nicht erfolgt. Anscheinend rechnet man in jenen Kreisen auch bei Einführung des reinen Fürsorgeprinzips mit der weiteren Beitragszahlung der Arbeitnehmer. Das würde trotz des gegenwärtig wenig befriedigenden Standes der Arbeitslosenversicherung eine neue einseitige Belastung für die gesamte Arbeitnehmerschaft bedeuten. Sollten die Kommunen jedoch bei Vertretung des Fürsorgeprinzips nicht an die weitere Beitragspflicht der Arbeitnehmer denken, dann ist nicht einzusehen, wie die künftige Finanzierung der Arbeitslosenhilfe durchgeführt werden kann. Sowohl der gegenwärtige Stand der Reichsfinanzen, wie auch derjenige der Kommunen vertragen keine neue zusätzliche Belastung.

Die augenblickliche Lage der Arbeitslosenversicherung bietet ein reichlich verzerrtes Bild. Das finanzielle Aufkommen wird zu einem großen Teil für Zwecke herangezogen, die mit der Versicherung an und für sich gar nichts zu tun haben. So gar die Reserven der Reichsanstalt sind in erheblichem Maße für diese versicherungsfremden Zwecke ausgeschöpft worden.

Dagegen sind die Leistungen der Versicherung an die Mitglieder sowohl in der Höhe als auch in der Dauer auf ein unerträgliches Maß beschnitten worden.

Eine Reform der Arbeitslosenhilfe müßte diesen Tatsachen Rechnung tragen und vor allen Dingen den Versicherungscharakter durch Fortbesserung der Leistungen wieder mehr herausstellen. Daß in die bisherige Dreiteilung der Arbeitslosenhilfe durch eine neue Reform eine Versicherung Platz greifen muß, darüber besteht wohl kaum Meinungsverschiedenheit. Auch dürfte bei gesunder Abgrenzung der Befange zwischen Versicherung und Fürsorge beiden Prinzipien Rechnung getragen werden können. R. W.

Ausfuhr bleibt rückgängig

Leider hat das Ausfuhrgeschäft der deutschen Textilindustrie mit dieser günstigen Inlandskonjunkturentwicklung nicht Schritt gehalten. Im Gegenteil. Sowohl die Währungsentwicklung der letzten Wochen (Dollarkrise) als auch die handelspolitischen Gegenmaßnahmen ausschlaggebender Absatzländer gegenüber der deutschen Wareneinfuhr treffen die deutsche Textilindustrie besonders hart und bedrohen sie mit dem Verlust weiterer Ausfuhrmöglichkeiten. Spinn- und Webereien haben im Vergleich zum Vorjahre einen beträchtlich weiteren Rückgang in der Ausfuhr erfahren. Auch der qualitative Hochstand und die hervorragenden geschmacklichen Leistungen in der Bemusterung und Ausfuhr der Kollektion für das Auslandsgeschäft haben nicht vermocht, diesen weiteren Rückgang der deutschen Textilwarenausfuhr aufzuhalten. Dieser Ausfuhrückgang aber trifft die deutsche Textilindustrie deshalb besonders hart, als sie erfahrungsgemäß nur dann rentabel arbeiten und ihre Kapazitätsmöglichkeiten ausnützen kann, wenn sie in der Lage ist, die Produktion für den Inlandsabsatz durch ausreichende zusätzliche Ausfuhrbeschäftigung zu ergänzen.

So bleibt im Interesse der Industrie zu hoffen, daß die allgemein erwartete Wirtschaftsbelebung sich in einer Kaufkraftstärkung und Nachfragesteigerung auf dem Binnenmarkte und gleichzeitig aber auch in einer Verbesserung der deutschen Exportfähigkeit auswirkt, damit beide Vorbedingungen für eine anhaltende Konjunkturbelebung der deutschen Textilwirtschaft erfüllt werden können.

Die Kapazitätsausnutzung der deutschen Textilindustrie

Bei der Frage der Beschäftigung in der deutschen Textilindustrie spielt die sogenannte Kapazitätsausnutzung eine wesentliche Rolle. Man unterscheidet dabei zwischen einer sogenannten Arbeiterplatzkapazität, unter der man die Ausnutzung der Arbeitsplätze in Prozenten der vorhandenen Plätze versteht, und eine sogenannte Arbeiterstundenkapazität, worunter man die erzielte Stundenleistung im Verhältnis zu der tariflich möglichen Stundenleistung versteht. Wenn also von einer Arbeiterplatzkapazität von 80 Prozent die Rede ist, so heißt das mit anderen Worten, daß von 100 vorhandenen Arbeitsplätzen 80 besetzt und ausgenutzt waren. Spricht man andererseits von einer 50prozentigen Stundenkapazität, so besagt das, daß die Arbeiterkraft zur Hälfte der möglichen Stundenleistung beschäftigt wurde.

Die Kapazität der Textilindustrie ist im allgemeinen wesentlich höher als die durchschnittliche Ausnutzung aller anderen Verbrauchsgüterindustrien. Das liegt zum einen an der besonderen Konstellation der Textilindustrie, zum anderen aber auch an der starken Rationalisierung und damit eingetretener maschineller Mehrleistung der Arbeitnehmerschaft in den letzten Jahren. Die Beschäftigtenzahl ist dadurch stark zurückgedrängt worden. Während früher nur eine oder wenige Maschinen als „Arbeitsplatz“ eines Arbeiters bezeichnet wurden, gilt heute dafür ein Mehrfaches an Maschinen. Die Zahl der „Arbeitsplätze“ im Sinne der konjunkturstatistischen Erhebungen ist also zurückgegangen und damit eine größere Ausnutzung der Arbeitsplatzkapazität gegeben. Ebenso ist durch die verringerte Beschäftigtenzahl eine größere Stundenkapazität erreicht worden.

Während sich im Durchschnitt der letzten Monate die Plätzekapazität in den Verbrauchsgüterindustrien zwischen 47—50 Prozent bewegte, lag sie in der Textilindustrie auf 58—61 Prozent. Auch in der Stundenkapazität zeigt sich das gleiche Bild. Während hier die übrigen Verbrauchsgüterindustrien eine durchschnittliche Ausnutzung von 38—40 Prozent aufwiesen, verzeichnet die Textilindustrie eine solche von 50—52. Infolge des weiteren Anziehens der Beschäftigungslage in der Textilindustrie dürfte in den kommenden Wochen mit einer weiteren Verbesserung in der Ausnutzung sowohl der Plätze- wie auch der Stundenkapazität in der Textilindustrie zu rechnen sein.

Einheitsverband für die Tuchindustrie.

Die Vereinheitlichungsaktion in der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist auch auf die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände nicht ohne Auswirkung geblieben. Man wird in den kommenden Monaten wohl auch hier mit einer tiefgreifenden Neuformung rechnen können, wenn auch die Tendenz derselben im einzelnen noch nicht festliegt. Jedenfalls machen sich auch innerhalb der Wirtschaftsverbände immer stärker gewisse Vereinheitlichungsbestrebungen geltend, deren Ziel der Zusammenschluß der zur Zeit bestehenden Einzelverbände und vielleicht auch die Aufhebung einer auch bei den Wirtschaftsverbänden gegebenen Vielheit der Organisationen ist.

Aus der Textilindustrie wird jetzt über eine solche angestrebte Neuordnung im Verbandswesen berichtet, und zwar auf dem Gebiete der deutschen Tuchindustrie. Hier führten seit Jahren die verschiedenen Verbände ein interessenmäßig nur ganz lose miteinander verbundenes selbständiges Dasein und Nebeneinanderbestehen, mit dessen Ende jetzt gerechnet werden kann. Und zwar haben, wie der „Konfektionär“ berichtet, jetzt die Verbände der Tuchindustrie ihre Vereinheitlichung in einem Einheitsverband mit folgender Entscheidung beschlossen:

„Die gesamte Tuchindustrie Deutschlands, vertreten durch die Deutsche Tuchkonvention, den Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien, den Damentuchverband, den Verband Deutscher Offiziers- und Feintuchmacher, den Verband Deutscher Uniformtuchfabrikanten und den Verband der Fabrikanten halbwollener und wollener Stoffe, schließt sich zu einem Einheitsverband zusammen. Der Verband erhält in der Person eines Fabrikanten einen Vorsitzenden und Führer, dem ein aus allen Gruppen gebildeter Ausschuss zur Seite steht. Die Verkaufs-, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen werden einheitlich geregelt. Die Zugehörigkeit zu diesem Verbande muß für alle Tuchhersteller obligatorisch werden. Die weitere organisatorische Ausgestaltung des Einheitsverbandes bleibt den Besprechungen mit den Beauftragten des Reichsverbandes der deutschen Industrie sowie den von dieser Stelle gegebenen Richtlinien vorbehalten.“

Ob allerdings mit diesem Beschluß bereits der endgültigen Vereinheitlichung des Verbandswesens in der Tuchindustrie auch nach der organisatorischen Seite und nach der Seite der Verbandsführung hin Genüge getan ist, bleibt abzuwarten. Jedenfalls aber kann damit gerechnet werden, daß schon in nächster Zeit auch aus den anderen Branchen der deutschen Textilindustrie über gleiche Vereinheitlichungsmaßnahmen berichtet werden kann.

Vor einer neuen „Nordwolle“?

In den letzten Wochen war wiederholt in der Presse die Rede von einer, anscheinend von privater Seite kommenden Mitteilung über die Wiedererrichtung der alten „Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei Bremen“. Wir haben über den Zusammenbruch des Unternehmens und die bisher durchgeführten Bemühungen um die Bereinigung und juristische Klärstellung der Konkursursachen sowie um die Sanierung und Wiedereröffnung einzelner Betriebe mehrfach berichtet. Nach den erwähnten neuerlichen Mitteilungen wird angeregt, das schwebende Konkursverfahren wegen der ungeheuren Kosten, die in keinem Verhältnis zu dem erzielten Ergebnis ständen, einzustellen und statt dessen einen rasch durchführbaren Zwangsvergleich einzuleiten. Ferner ist die Rede von einem Zusammenschluß der beiden bisher wieder neu gegründeten Gesellschaften zu einem Unternehmen, wodurch die gegenseitige Konkurrenz der beiden neuen Gesellschaften aufgehoben, die beiderseitigen doppelten Aufsichtsräte und Vorstände eingespart werden könnten und das weltbekannte Warenzeichen der Nordwollerzeugnisse erhalten bliebe. Das Aktienkapital dieses neuen Unternehmens, das die beiden Gesellschaften zusammenfassen soll, soll 15 Millionen M., die Reserven 2,5 Millionen M. betragen. Es sei dann möglich, die stillgelegten und noch nicht verkauften Betriebe wieder aufzunehmen.

Bekanntlich sind für das Konkursverfahren der „Nordwolle“ vor kurzem zwei Staatskommissare ernannt worden, und zwar für die Bremer Gesellschaft der Bremische Senator Ritter und für

das Delmenhorster Unternehmen der frühere stellvertretende Nordwolle-Direktor, Rechtsanwalt Hartung. Die beiden Kommissare haben den Auftrag, an Hand der bisherigen Untersuchungsergebnisse nochmals den ganzen Nordwolle-Fall zu untersuchen und, soweit dies angängig erscheint, in den Lauf der Entwicklung mitbestimmend einzugreifen.

Dazu wird jetzt über eine Unterredung zwischen dem Vertreter des DSB und dem Bremischen Kommissar für die Nordwolle, Senator Ritter, berichtet. Dabei sei durch den letzteren betont worden, daß zwar schon zwischen ihm und den von der Oldenburger Seite beauftragten Kommissar der Nordwolle, Rechtsanwalt Hartung, volle Übereinstimmung über die künftigen Maßnahmen bestehe, Näheres aber darüber im Interesse einer ungehinderten Abwicklung zunächst noch nicht gesagt werden könne. Die letzte Entscheidung darüber liege auch nicht bei den Kommissaren, sondern bei der Regierung.

Man wird im Interesse der durch den Zusammenbruch der Nordwolle und der Stilllegung der Werke betroffenen Arbeiterschaft jede Maßnahme, die geeignet ist, die Abwicklung der Nordwolle-Angelegenheit zu beschleunigen und eine Wiederaufnahme der Betriebe herbeizuführen, nur begrüßen können. Andererseits wird aber vom rechtlichen wie vom sozialen Standpunkt aus gefordert werden müssen, daß die Frage der Schuld am Zusammenbruch des Unternehmens rücksichtslos geprüft wird und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Dr. Ley an den Reichswirtschaftskommissar.

In den letzten Wochen zeigten sich seitens gewisser Kreise offensichtliche Bestrebungen und Tendenzen, die darauf gerichtet waren, den Wirkungskreis des Reichswirtschaftskommissars, Dr. Wagener, zu begrenzen, um das Tätigkeitsgebiet des Wirtschaftskommissars nach Möglichkeit einzuzengen.

Der Führer der deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, hat darauf an den Reichswirtschaftskommissar folgendes Schreiben gerichtet, das mit erfreulicher Deutlichkeit gegen jene Auffassungen und Bestrebungen Stellung nimmt und dem Reichswirtschaftsminister das volle Vertrauen des Führers der Deutschen Arbeitsfront versichert:

„Herrn Dr. h. c. Wagener, Berlin.
Es ist mir ein dringendes Bedürfnis, verehrter Hg. Dr. Wagener, Ihnen gegenüber meine persönliche Sympathie und die Hochachtung und Verehrung aller meiner Mitarbeiter, sowohl in der politischen

Organisation der NSDAP, als auch in der Deutschen Arbeitsfront zum Ausdruck zu bringen und Ihnen zu versichern, daß mir reiflos, besonders nach den letzten eingehenden Aussprachen über den ständischen Aufbau und über Ihre sozialen Ansichten im Hinblick auf den deutschen Arbeiter und die deutsche Wirtschaft, mit Ihnen in treuer Kameradschaft verbunden sind. Gegenüber den Tendenzen, die dahin gehen, Ihren Wirkungskreis zu begrenzen, drücken wir im Gegenteil den Wunsch aus, daß Ihre Kraft der Öffentlichkeit an einer Stelle zur Verfügung stehen möge, die es Ihnen gestattet, zum Besten der notleidenden Wirtschaft wie des gesamten Volkes Ihre Ideen möglichst unbeeinträchtigt in die Tat umzusetzen. Dieser Wunsch ist uns um so mehr Bedürfnis, weil wir die Erkenntnis in uns tragen, daß es gerade die großen grundlegenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Wirtschaft sind, welche die Rettung verbürgen. Dieses zu tun, ist uns aber noch vorbehalten.

Heil Hitler!
gez.: Dr. Ley.“

Der Reichswirtschaftskommissar gegen wilde Aktionen

Der Reichswirtschaftskommissar Dr. Wagener hat als Leiter des Wirtschaftspolitischen Amtes der NSDAP eine Anordnung erlassen, in der er sich gegen wilde Eingriffe in die Wirtschaft, willkürliche Preisfestsetzungen und Entfernung von Persönlichkeiten aus ihrer Stellung, gegen willkürliche Betriebsschließungen und gegen die Einsetzung von Kommissaren durch unbefugte Personen und Gruppen wendet. Der Reichswirtschaftskommissar weist dabei darauf hin, daß es sich bei den Urhebern solcher Aktionen meistens um Leute handele, die entweder erst in den letzten Wochen in die Partei eingetreten sind oder aber häufig nur als Provokateure festgestellt wurden. Es komme, so betont der Reichswirtschaftskommissar, jetzt nicht darauf an, daß das Schlagwort „Gleichschaltung“ überall Triumphe feiere, sondern daß Ruhe und Ordnung einkehre. Sämtliche Kampfverbände, die auf dem Gebiet der Wirtschaft gebildet worden sind, werden darum aufgelöst. Nur der unter der Leitung von Dr. von Krenn geleitet und gegründet und geleitete „Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes“, der in Zukunft zu einem Nationalsozialistischen Wirtschaftsband umgebildet wird, und der Deutschen Arbeitsfront unter Leitung von Dr. Ley angegliedert ist, bleibt bestehen. Aufgabe dieses Bundes ist die Erziehung des Mittelstandes zu einem Wirtschaftsgedanken, das durch den Grundsatz „Gemeinnutz vor Eigennutz“ und den Grundsatz der Deutschen Volksgemeinschaft bedingt ist. Alle Personen, die in Zukunft als Kommissare in der Wirtschaft auftreten, ohne hierzu durch die Regierung oder durch eine öffentliche Behörde berufen zu sein, sollen, so betont die Anordnung, künftig den Gerichten ausgeliefert werden.

Neue Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Im Rahmen des Sofortprogramms sind eine Reihe von weiteren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in die Wege geleitet worden, in einem Gesamtwert von 4,96 Millionen RM. Es handelt sich hierbei einmal um den Ausbau des Damms zwischen der Insel Nordstrand und dem Festland in Schleswig-Holstein, der 2,4 Millionen RM beanspruchen wird. Etwa 600 Arbeitnehmer werden hier für zwei Jahre Beschäftigung finden bei rund 300 000 Tagewerken. Das zweite Projekt betrifft die Badeschlösser- und Straßenbauarbeiten in Karlsruhe, die ebenfalls eine Reihe von Schutzhäuten gegen Hochwasser durchführen will in Höhe von 2 Millionen RM bei einer Arbeitnehmerzahl von 1400 und rund 250 000 Tagewerken. Bei dem dritten wesentlichen Vorhaben in Höhe von 0,56 Millionen RM handelt es sich um ähnliche Maßnahmen, die in dem niederschlesischen Hochwassergebiet der Bartschniederung zur Ausführung kommen sollen. Die Zahl der unterzubringenden Arbeitnehmer wird hier auf 800 und die Zahl der Tagewerke auf rund 100 000 geschätzt.

Verantwortungsbewusste Gewerkschaftsarbeit

Mit der „Gleichschaltung“ der Gewerkschaften ist die Gewerkschaftsfrage an sich wiederum in den Mittelpunkt des öffentlichen Meinungstreites gerückt und zu einem Gegenstand der heftigsten Diskussion geworden. Daß dabei das Urteil breiter Bevölkerungskreise, die mit den Gewerkschaften selbst nicht in direkter Verbindung sind, oft irrig ist und daneben geht, kann nicht weiter verwundern. Bedenklich dagegen ist immerhin die Tatsache, daß auch in breiten Schichten der Arbeiterschaft selbst, denen doch die Gewerkschaften ur-eigene Angelegenheit und Lebensfrage sind, das Urteil über die Tätigkeit und Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen ebenfalls oft recht verwirrt ist. Eine gewerkschaftsfeindliche Presse und öffentliche Meinungsfabrikation gewisser gewerkschaftsfeindlicher Kreise im Arbeitgeberlager und im Lager anderer Stände und Berufe aber trägt dazu bei, die notwendige Objektivität im Urteil über die Gewerkschaften bewußt zu trüben und den Massen ein verzerrtes Bild über die Tätigkeit der Gewerkschaften zu geben. Darum kann jede Aufklärung, die über den wahren Charakter und die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung verbreitet wird, im Interesse der Arbeiterschaft und ihrer Berufsorganisationen nur begrüßt werden. Vor allem gilt das für ein ganz außerordentlich interessantes geschriebenes Buch, das beim Ritter-Verlag, Leipzig, erschienen ist*) und über Geschichte, Charakter und Entwicklung des Deutschen Gewerkschaftsbundes Aufschluß gibt. Die vor wenigen Wochen erfolgte Auflösung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und die bevorstehende Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung vermindert den Wert dieses Buches keineswegs. Mit Recht wurde vom DSB bei seinem kürzlichen Austritt aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund mit Nachdruck darauf hingewiesen, welche bedeutungsvolle

funktion der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Zeit seines Bestehens erfüllt hat. Wilhelm Wiedfeld, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen, hatte, wie kaum ein anderer, Gelegenheit, diese Arbeit und Bedeutung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in den vergangenen Jahren zu beurteilen und ein Gesamtbild über den Deutschen Gewerkschaftsbund zu geben, das von bleibender Bedeutung ist. Ob es sich dabei um die Gründung, Umbildung und Entwicklung des Deutschen Gewerkschaftsbundes handelt oder ob es die Frage der gewerkschaftlichen Führung im Deutschen Gewerkschaftsbund und seiner Grundzüge ist, was uns in diesem Buche darüber gesagt ist, hat bleibende Geltung und zeigt mehr als alle langen Artikel die große Bedeutung, welche den christlich-nationalen Gewerkschaften in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung zukam. Allen, die in der deutschen Gewerkschaftsbewegung mitwirken, oder die sich ein Urteil über das Schicksal unserer Bewegung machen wollen, ist deshalb Wiedfelds Buch „Der Deutsche Gewerkschaftsbund“ unentbehrlich.

Auf dem Arbeitsfelde der bergischen Strangfärber

Die bergische Strangfärberei ist fast so alt, wie die in diesen Landen dominierende Textilindustrie. Herangezogen aus der bereits im 16. Jahrhundert in Varnum und Elberfeld ansässigen Garbfärberei und der im 18. Jahrhundert eingeführten Färbereifärberei, hat sie ihre überragende Stellung im bergischen Wirtschaftsleben bis auf den heutigen Tag erhalten können. Es ist eine eigenartige Industrie; denn die bergische Strangfärberei hat in ihrer ursprünglichen Verbindung vom Handwerks zum Fabrikbetrieb, von den Handfärbereien zu den künstlichen chemischen Färbeprodukten, von der vorwiegenden Handarbeit zur halb- und ganzmechanischen Ausarbeitung, in dem Auf und Ab der Revolutionen, in ruhigen Friedenszeiten und in bewegten Kriegs- und Revolutionszeiten zwei

Faktoren sich zu erhalten gewußt, die im Verein mit dem Unternehmungsgeist und der Zatkraft der Färbereibesitzer unerlässlich sind. Wer einmal eine bergische Strangfärberei betritt, wird diese Voraussetzungen, sofern sie ihm bisher unbekannt geblieben sind, verhältnismäßig schnell erkennen. Die Strangfärberei ist nämlich eine große Kunst geblieben, die von weniger intelligenten Arbeitskräften nie in der zu diesem Berufe notwendigen vielseitigen Ausbildung erlernt werden kann. Es ist ein großer Irrtum, anzunehmen, daß wenige Kenntnisse zum Färberberuf gehören. Die Handfertigkeit ist trotz aller Mechanisierung von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die schonende Behandlung der verschiedenen Textilmaterialien, sowohl der feinsten Natur- und Krautwollensarten, wie auch der groberen Woll-, Baumwoll-, Leinen-, Hanfgarne usw., der einfachen und gewirnten Fadenerzeugnisse, der Effeltgarne und der Halbfabrikate erfordern in der Strangfärberei ein großes Maß von Geschicklichkeit und bei Bedienung der mechanischen Einrichtungen. Man beobachtet nur einmal, mit welcher Fügigkeit die auf den Färbereiarbeitsplätzen angelegten Stränge von den Facharbeitern durch die in den Käufen befindlichen Farblösungen gezogen werden, wie die Wendung der Stränge nach allen Seiten hin erfolgt, um das Fadenmaterial gleichmäßig durchdränken zu lassen, wie dann zum Schluß dieser Prozedur die Garnstränge an einer Seite der Barke aufgemorren werden, bis sie zum Gentrüpfen, Nachbehandeln und Trocknen abgeholt werden. Die gleiche Handfertigkeit erfordert auch die Wartung der Strangfärbemaschinen, die das Umziehen der Stränge durch die Farblösung auf mechanischem Wege betreibt. Die Aufgabe der Stränge auf die Rollen dieser Maschine und die Abnahme derselben erfordern immerhin einiges Geschick. Das Gesagte gilt auch für die anderen Maschinen der Strangfärberei, der Perzerfärberei, Anfräb-, Kopsfärbemaschinen usw.

Über damit in die Tätigkeit der Färbereifachleute nicht erschöpfend, die Färbereibesitzer mit ihren technischen und kaufmännischen Angestellten bleiben unablässig bemüht, ihre Kunden mit den vielseitigen Ansprüchen hinsichtlich der Ausarbeitung der Farbfäden, der Vor- und Nachbehandlung, der Liefertermine usw. zufrieden zu stellen. Die Strangfärberei muß stets auf Hochleistung bedacht sein; es ist zum großen Teil ein höchstes Eingehen der Aufträge zu verzeichnen, weshalb die moderne Strangfärberei ein „Dienstleistungsbetrieb“ im wahren Sinne

des Wortes geworden ist. Die kalkulatorischen Erfordernisse zur Bewältigung solcher Aufgaben sind keine Kleinigkeiten, die jedenfalls den Färbereibesitzern manches Kopfzerbrechen verursachen.

Die Zusammenstellung der Farblösungen nach bestimmten Rezepten ist ein Kapitel für sich. Welche Vielfältigkeit auf diesem Gebiete zum beherrschenden Moment geworden ist, davon zeugen die unzähligen Musterkarten, Muster- und Garnproben, Farbvorzeichnungen, Rezeptbücher, Kalkulationsunterlagen und dergleichen, die auf den Arbeitstischen der Färbereimeister, Betriebsleiter und der Fabrikanten zu finden sind. Das geschulte Auge des Färbereipraktikers muß sich in allen Farbtönen und in den feinsten Nuancen auskennen.

Das gleiche emsige Leben wie in dem eigentlichen Färbereibetrieb herrscht auf der Wiegenkammer, der Packstube, der Trockenkammer und auf dem Kontor. Das Arbeitstempo bleibt überall dasselbe, immer ist das Leistungsprinzip ausschlaggebend. In dem arbeitsreichen Leben der Färbereifachleute bleiben Mergel und Verdruß vielfach nicht aus. Die Männer in ihren schwarzen Arbeitsblusen klagen häufig über die schmerzigen Materialien, die sie zu behandeln haben und die sich nur unter den größten Risiken ausfärben lassen.

Trotz alledem ist die bergische Strangfärberei von den Zeitnöten, obwohl sie hart von diesen betroffen wird, nicht unterzuckert. Die Männer in den schwarzen Blusen haben die echte Kameradschaft, die sie in ihrer harten Arbeit verbindet, vielfach zu erhalten gewußt. Wie häufig sieht man in der bergischen Strangfärberei, daß Fabrikant und Betriebsleiter in schwarzer Bluse und Holschuhen tatkräftig praktisch mitarbeiten, wenn es gilt, schwierige Partien rechtzeitig zu liefern. Solche tüchtige Mitarbeiter der Vorgelegten schaffen ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis zwischen Facharbeitern und Prinzipalen, ein Verhältnis, wie es leider noch in wenigen Industriezweigen anzutreffen ist. Der Fabrikant lernt auf diese Weise die Arbeit seiner Leute richtig einzuschätzen und würdigen. Auf der anderen Seite wissen auch die Blusenmänner, die ihre Pflichten in den nassegeschwängerten Betrieben pflicht-treu erfüllen, daß ihre Arbeitgeber manche Sorgen um das Wohlergehen und die Erfindung der Firma zu tragen haben. Hieraus entspringt ein Gemeinschaftsgefühl, das notwendig ist, um schwierige Verhältnisse tatkräftig und ohne unnötige Klage zu überwinden.

*) „Der Deutsche Gewerkschaftsbund“, von W. Wiedfeld, für Mitglieder 2,-

50 Jahre Welt-Textilindustrie

Ein Streifzug durch die Entwicklung der Textilwirtschaft der Welt

Wir haben über die Strukturwandlungen der Textilindustrie in den letzten Nachkriegsjahren wiederholt in grundlegenden Ausführungen unterrichtet. Die organischen Störungen in der Textilwirtschaft der ganzen Welt, die als Folge dieser Wandlungen in der Struktur der Textilindustrie eingetreten sind, waren eine der Hauptursachen für die schwere Wirtschaftskrise, die vor allem die internationale Textilwirtschaft betroffen hat. Die folgenden Ausführungen zeigen diese Entwicklung von einer anderen, bisher noch weniger beachteten Seite. Sie ergänzen damit das Gesamtbild und tragen zu einer umfassenden Beurteilung der Gesamtentwicklung und Lage der Textilindustrie der Welt bei.

Die Epoche der Erfindungen

Eine 50 Jahre sind verstrichen, seitdem im Textilfach die letzte grundlegende Erfindung gemacht wurde: der französische Graf Charbonnet begann 1885 mit der fabrikmäßigen Herstellung der ersten Kunstseide. Die nachfolgenden Erfindungen haben nicht mehr solche einschneidende Umwälzungen in der Textiltechnik hervorgebracht. Es waren entweder auf eine Vervollkommnung der noch unfertigen künstlichen Faser, der Kunstseide, gerichtet oder betrafen überwiegend die textile Farbtechnik und Ausrichtung.

Die Chemie hat also im letzten halben Jahrhundert vornehmlich das Wort gehabt und in ihren Leistungen noch manch Großes vollbracht. Wir erinnern an die Erfindung der Schwefelkohlenstoff 1893, an die Einführung der Verzerfation (Krefeld 1895) und an die Erfindung der Indanthrenfarbstoffe 1901. Die großen epochenmachenden Umwälzungen, die tief in das Gefüge der Textilwarenherstellung eingriffen, lagen zumeist wesentlich früher: in der zweiten Hälfte des 18. oder in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Erfindung der Jenny-Spinnmaschine, des Vorläufers des Selsfaktors, durch den Engländer Hargreaves geschah schon 1767, des mechanischen Webstuhls durch den Engländer Cartwright 1787, der Jacquardmaschine durch den Franzosen Jacquard 1805, der Flachspinnmaschine durch den Franzosen Girard 1810, des selbsttätigen Mulestuhls (Selsfaktor) durch den Engländer Roberts 1825, der Ringspindel durch den Amerikaner Jenks 1830, des Spinnenwebstuhls 1836. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts folgten noch an besonders zukunftsstrahlenden Neuerungen: die Einführung des mechanischen Wirkstuhls in Chemnitz 1857, die Erfindung der Cottonwickmaschine durch den Engländer Cotton und Attenborough 1868 und die Erfindung der Strickmaschine 1881.

Man kann zusammenfassend also wohl sagen, daß mit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts das Zeitalter der — vorzüglich von England bestrittenen — grundlegenden technischen Erfindungen in der Textilindustrie seinen vorläufigen Abschluß fand, während die letzten 50 Jahre vor allem der deutschen chemischen Wissenschaft gehörten, die in Fortführung einer schon älteren Ueberlieferung die Ausrichtung der Textilien auf ihren heutigen hohen Stand brachte.

Auf dem Wege zum Großbetrieb

In das letzte halbe Jahrhundert fällt auch die Ausbildung und die Herrschaft des Sozialkapitalismus in den führenden Wirtschaftsländern Europas, in den Vereinigten Staaten und Japan, hier freilich erst reichend in den verflochtenen 20 Jahren. Der gewaltige Großbetrieb in der angewandten Chemie (die Kunstseidenindustrie stellt davon eine wichtige Teilerscheinung dar) ist neben vielem andern ein Merkmal dieses Zeitalters auf seinem Höhepunkt.

Die Ausprobung der mancherlei Erfindungen aber erforderte großen Kapitalaufwand für Laboratorien und praktische Versuche, nicht minder die verbilligende Massenherstellung der Erfindungen zu dankenden verbrauchsreifen Erzeugnisse. Die gleiche Erscheinung der zunehmend geballten Erzeugung von Stapel- und Massenartikeln finden wir in der Textilindustrie selbst, zumal in den ersten Stufen der Herstellung (Spinnerei und Weberei), während die höheren und verbrauchsnahen Stufen der Fertigung (Wirkeri, Stricherei, Sickeri, Klöppelei, Bandweberei usw. in einer Anzahl von Ländern zumeist noch dem Mittel- und Kleinbetriebe bis auf den heutigen Tag vorbehalten geblieben sind. Hier begegnen uns zum Teil noch die patriarchalischen, ans Handwerksmäßige gemahnenden Formen der Haus- und Heimbetriebe, freilich mehr von alten Erinnerungen lebend als von der Ergiebigkeit einer Betätigung, die einstmal eine Zeit hoher Blüte gesehen hat. Doch hat es den Anschein, als wäre die ungeheure Wirtschaftskrise, die über die ganze Erde gekommen ist, eine Lehrmeisterin und Wagnerin gewesen, in Zukunft abzulassen

von dem allzu geschäftigen Drang nach technischer Zusammenfassung und Kapitalballung an wenigen Stellen.

Von der Agrarwirtschaft zur Industrialisierung

Der Industrieausbau in Europa verstärkte hier seit den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts zunehmend die Abhängigkeit der wirtschaftlichen Konjunkturen von den industriellen Kräften, nachdem zuvor der landwirtschaftliche Bereich bestimmend gewesen war. Das Schwergewicht der landwirtschaftlichen Erzeugung verlag sich immer mehr nach der Neuen Welt und verschärfte mit der technischen Verbesserung der Bewirtschaftungs- und Erntemethoden fortgesetzt den Wettbewerbsdruck auf die europäische Getreidewirtschaft. Das Ergebnis war eine wachsende Abwanderung der Landbevölkerung in die aufstrebenden städtischen Industrien, die durch den Bedarf der überseeischen Länder an Maschinen und industriellen Verbrauchsgütern ständigen Auftrieb erhielten. Auch die europäische Textilindustrie, zumal West- und Mitteleuropas, vornehmlich aber Großbritannien, wurde dadurch befruchtet und wuchs in fast ununterbrochenem Aufstieg bis zum Weltkrieg. Freilich ging auch in den Vereinigten Staaten mit der landwirtschaftlichen Aufschließung eine dauernde Ansiedelung von Industrien einher, mit dem Erfolg, daß schon seit etwa 1880 die U.S.A. zum führenden Industrieland der Welt aufgerückt waren und die alte „Werkstätte der Welt“, Großbritannien, auf den zweiten Platz vermießen hatten. Die Statistiken der älteren Zeit sind leider nur lückenhaft. Auch die Konjunkturbeobachtung hat erst eigentlich in der Nachkriegszeit ihre umfassende Bedeutung gewonnen. Man muß sich deshalb für die letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts mit rohen Ueberblicken oder charakteristischen Streiflichtern begnügen.

Steigende Textilproduktion

Noch um 1860 stand England mit rund 50 Prozent des Weltbaumwoll- und fast 25 Prozent des Weltwollverbrauchs vor Frankreich, Deutschland, Rußland und den Vereinigten Staaten weitaus an erster Stelle in der Welttextilindustrie. — Inwieweit die Textilproduktion in den Hauptindustrielländern vor etwa 50 Jahren geblieben war, ist aus folgenden Vergleichsziffern (1913 = 100) ersichtlich, die mit einer Unterbrechung des deutschen Konjunkturinstituts verdanken: England 66, Frankreich 46, U.S.A. 38, Deutschland 31, Rußland 29, Welt 26. Es zeigt sich also, daß Großbritannien vor einem halben Jahrhundert schon zwei Drittel des Umfangs seiner Textilproduktion von 1913 erreichte, während die andern Ländern noch weit dahinter zurückstanden, bezw. um es anders auszudrücken, bis zum Weltkrieg noch eine Verdoppelung oder gar Verdreifachung ihrer Erzeugung vornahmen. Diese Ziffern erhärten die bekannte Erfahrung, daß alle älteren Industrieländer Wachstumsstimmungen unterliegen, die umso größer werden, je weiter der Industrieausbau bereits fortgeschritten ist. Frankreich, dessen gesamte Produktionsausrichtung wesentlich kleiner ist als diejenige Englands, hatte um die Jahrhundertwende Großbritannien in der Annäherung an den Erzeugungsstand von 1913 schon überholt. Es erreichte 1900 85 Prozent der Erzeugung des letzten Vorkriegsjahres, während England noch bei 82 Prozent verhielt; die übrigen führenden Länder wiesen zur gleichen Zeit ungefähr folgenden Stand auf: U.S.A. 70, Deutschland 68, Rußland 60, Belgien 57, die Welt 60. Diese Reihenfolge der Produktionsannäherung an den Stand von 1913 hat sich — unter konjunkturellen Schwankungen — bis zum Jahre 1910 fortgesetzt; hier gewann Frankreich zum ersten Male den Erzeugungsstand von 1913, während Großbritannien 91, die Vereinigten Staaten 90, Deutschland 89, Rußland 85, Belgien 81 Prozent erreichten und der Weltdurchschnitt 88 Prozent betrug. Man sieht, wie das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in fast allen Textilländern nach einem gewaltigen Aufschwung mit sich brachte.

Begünstigt wurde dieses Emporschießen durch das Vorherrschen einer sogenannten „langen Welle“ der Konjunkturentwicklung mit scharf ansteigenden Werten (Löhne,

Preise usw.), die rund 20 Jahre lang vor dem Kriege die Weltwirtschaft beeinflussten, während die vorausgegangenen 20 Jahre (1874—95) eine langweilige Periode abgleitender Werte gewesen war, die das Aufstiegsstempo hemmten. Der Preisstand der 70er Jahre wurde zum Beispiel in Deutschland erst ungefähr wieder erreicht in den letzten Vorkriegsjahren. Innerhalb dieser „langen Welle“ verlieren die Konjunkturausschläge ihre Bedeutung nicht, nur sind in der aufstrebenden Welle die Konjunkturanstiege gewöhnlich ungleich stärker als in der abgleitenden. Konjunkturchöhepunkte der Textilproduktion seit der Jahrhundertwende haben Frankreich, die U.S.A., Deutschland und Belgien im Jahre 1902 erlebt, Rußland 1904, die U.S.A. wieder 1905, Deutschland erneut 1907, die U.S.A., Deutschland und Belgien 1909, Frankreich 1910. Der letzte Höhepunkt vor Kriegsausbruch, der fast allen Ländern gemeinsam war, fiel in das Jahr 1912, das mit der Ueberlieferung des letzten Vorkriegsjahres zugleich den Umschwung nach einer langen Periode scharfen Aufstieges einleitete. (Schluß folgt.)

Polens Kunstseidenfabrikation

Die Produktion von Kunstseide in Polen hat in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Steigerung erfahren. Die mengenmäßige Erzeugung wurde von 2700 Tonnen im Jahre 1930 auf 3400 Tonnen im Jahre 1931 gesteigert; sie fiel unter den Krisenauswirkungen, die im letzten Jahre auch die polnische Textilproduktion verstärkt betroffen haben, auf 2950 Tonnen im Jahre 1932. Beachtlich ist dabei, daß trotzdem die Ausfuhr an Kunstseide auf nahezu der Vorkriegshöhe, nämlich auf rund 1 Million Kilogramm, gehalten werden konnte. Dagegen hat sich der Preisdruck auch auf die polnische Kunstseidenausfuhr verstärkt ausgewirkt, so daß der Wert der Ausfuhr von 7,5 Mill. Zloty auf 6,2 Mill. Zloty im vergangenen Jahre zurückgegangen ist. Wenn diese Produktionsausführsziffern auch nicht mit der deutschen Kunstseidenindustrie verglichen werden können, so stellt doch immerhin die polnische Kunstseidenindustrie eine fühlbare Konkurrenz auch für die deutsche Kunstseidenproduktion dar.

Die Mehrarbeitszuschläge

und ihre einfache und praktische Berechnung.

Ueber die Bezahlung der Zuschläge für Mehrarbeitsstunden herrschen auch heute noch vielfach Unklarheiten und falsche Meinungen, insbesondere innerhalb der Belegschaften in den Betrieben. Nicht nur, daß leider in sehr vielen Fällen auf die Bezahlung dieser Zuschläge — teils aus Unkenntnis, teils aber auch aus Angst und unter wirtschaftlichem Druck — seitens der Arbeitnehmer verzichtet wird, sondern es versuchen auch manche Arbeitgeber immer wieder mit den verschiedensten Mitteln und Ausflüchten, sich an der Bezahlung dieser Zuschläge vorbeizudrücken. Besonders aber trifft das zu für U.K. in kleineren Firmen, d. h. in den mehr oder weniger großen Unternehmungen der Textilindustrie, die nicht organisiert sind, meistens auch infolge dessen keinen tarifvertraglichen oder ähnlichen Bindungen unterliegen. Es ist deshalb eine unbedingte Notwendigkeit, daß unsere Betriebsvertreter und Funktionäre sich über die gesetzlichen Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes, soweit sie die Mehrarbeit und die Mehrarbeitszuschläge betreffen, ganz besonders unterrichten. Erforderlich ist das insbesondere auch deshalb, weil gerade in den gekennzeichneten Betrieben die Arbeitszeit vielfach stark wechselt und Zeiten ganz erheblicher Kurzarbeit sehr oft plötzlich Zeiter großer Mehr- und Ueberarbeit Platz machen.

Zunächst ist festzustellen, daß in einzelnen Tarifverträgen (z. B. Krefeld) unterschieden wird zwischen Mehrarbeits- und Ueberstunden. Hier sind über 48 bis zu 54 Stunden Mehrarbeitsstunden. Alle darüber dann evtl. noch hinausgehenden Arbeitsstunden sind keine Mehrarbeits-, sondern Ueberstunden und unterliegen anderen Bedingungen für ihre Leistungen. Mehrarbeitsstunden sind also hier höchstens sechs zu leisten, und zwar von der 49. Arbeitsstunde bis zur 54. Arbeitsstunde in der Woche. Gemäß der Verordnung über die Arbeitszeit vom 14. April 1927 § 6 a muß für jede Arbeitsstunde über 48 hinausgehend, eine „angemessene Vergütung“ bezahlt werden. Diese ange-

Neuregelung für die sozialen Ehrenämter

Durch ein am 19. Mai 1933 erlassenes Gesetz über das Arbeitsgerichtswesen ist eine Neuregelung der Bestimmungen über die Amtsenthebung von Laienrichtern bei den Arbeitsgerichtsbehörden und die Reubesetzung ihrer Posten erfolgt. Es werden die Grundsätze des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums auch auf diese Laienrichter an. Nichtamtliche Beisitzer und solche, die einer staatsfeindlichen Gesinnung verdächtig sind, können ihres Amtes enthoben werden. Die Landesregierungen sind ermächtigt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die Landesregierungen oder die Landesjustizverwaltungen oder die obersten Landesbehörden für die Sozialverwaltung können auch neue Beisitzer berufen. Für die Reichsarbeitsrichter geschieht das durch den Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsjustizminister. Die Behörden sind dabei nicht auf irgend welche Vorschlagslisten wirtschaftlicher Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer beschränkt, jedoch gilt diese Regelung nur bis zum Ablauf der Amtsperiode der jetzt amtierenden Beisitzer, also bis zum Ende dieses Jahres. Diese Ausnahme erscheint gerechtfertigt, da die wirtschaftlichen Vereinigungen sich zur Zeit in der Umbildung befinden. Hinsichtlich des Verfahrens der Amtsenthebung verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen. Die Amtsenthebung dürfte also in der Regel durch den Landesgerichtspräsidenten in Anhörung des Beisitzers erfolgen.

In ähnlicher Weise regelt das gleiche Gesetz die Besetzung der Schlichtungsausschüsse und der Sachauschüsse für die Hausarbeit. Das Gesetz ist gezeichnet vom Reichskanzler, vom Reichsarbeitsminister und vom Reichsjustizminister.

In demselben Sinne wird durch ein anderes Gesetz die Besetzung der Ehrenämter in der Sozialversicherung und in der Reichsverwaltung geordnet. Auch diese Regelung ist auf die laufende Amtsperiode beschränkt. Sie ist gezeichnet vom Reichskanzler, vom Reichsarbeitsminister und vom Reichsminister des Innern. Eine Ausführungsbestimmung dazu vom 19. Mai 1933 wendet die hier gekennzeichneten Grundsätze auch auf die Prozeßvollmächttigen und Prozeßbeistände vor den Spruchstellen der Sozialversicherung an.

messene Vergütung beträgt 25 Prozent. Die Pflicht der Vergütung für Mehrarbeitsstunden in Höhe von 25 Prozent pro Stunde ist also gesetzlich, und sie gilt in folgedessen auch für alle Betriebe, die einem Tarifvertrag oder einem besonderen Arbeitszeitabkommen oder dergleichen nicht unterliegen.

Die Berechnung dieser Zuschläge kann nun so erfolgen, daß der Bruttogehalt in Ansatz gebracht wird. Das heißt, es erübrigt sich die Berechnung der 25 Proz. auf jede einzelne geleistete Mehrarbeitsstunde. In deren Stelle tritt vielmehr eine Gesamtzuschlagsberechnung auf den Bruttolohn. Diese Berechnung muß aber so erfolgen, daß dem Arbeiter durch die Vereinfachung kein Schaden entsteht. Bei Arbeitern, die zum Teil Naturalien als Lohn erhalten, müssen diese beim Barlohn eingerechnet werden und von dem sich dann ergebenden Lohn ist der Zuschlag zu verrechnen.

Wenn also beispielsweise von einem Arbeiter bei einer 54stündigen Arbeitszeit ohne Mehrarbeitszuschläge ein Bruttolohn von M. 32,40 erzielt würde, so entspräche das einem Stundenverdienst von M. 0,60. Sechs von diesen Arbeitsstunden sind Mehrarbeitsstunden, die mit 25 Prozent beaufschlagt werden müssen. Die Rechnung würde also so lauten: 6 Mehrarbeitsstunden mal 0,60 M. Stundenverdienst ist gleich M. 3,60. Diese M. 3,60 werden mit 25 Prozent beaufschlagt gleich M. 0,90. Der Gesamtbruttolohn würde also betragen: M. 32,40 zuzüglich M. 6,90 Mehrarbeitszuschlag, ist gleich insgesamt M. 39,30. Diese umständliche und zeitraubende Berechnungsart kann, wie gesagt, vereinfacht werden, indem man einen entsprechenden Prozentsatz auf den Bruttogehalt schlägt. Bei obigem Beispiel würde die Rechnung dann so aussehen:

Bruttolohn bei 54stündiger Arbeitszeit M. 32,40. Auf diesen Bruttolohn kommt ein Zuschlag von 2,8 Prozent, das ist M. 0,90. Der Gesamtlohn beträgt also ebenfalls M. 33,30. Der Schlüssel zu dieser Berechnungsart ist sehr einfach zu finden. Nachstehende Tabelle gibt Auskunft darüber:

54 Stunden:	6 Stunden	à 25%	= 6 × 25%	= 150%	54 Stunden = 2,8% vom Brutto-Lohn
53 "	5 "	à 25%	= 5 × 25%	= 125%	53 "
52 "	4 "	à 25%	= 4 × 25%	= 100%	52 "
51 "	3 "	à 25%	= 3 × 25%	= 75%	51 "
50 "	2 "	à 25%	= 2 × 25%	= 50%	50 "
49 "	1 "	à 25%	= 1 × 25%	= 25%	49 "

Anton Klöppele

Vermögensbeschlagnahme bei den freien Gewerkschaften

Um etwaigen Beunruhigungen der Gewerkschaftsmitglieder vorzubeugen, wird von Bankdirektor Pg. Müller bekanntgegeben: Die Beschlagnahme des Gesamtvermögens der Gewerkschaften war deshalb erfolgt, um zu verhindern, daß von den früheren „Führern“ der Gewerkschaften über Vermögensbestandteile der Gewerkschaften zum Nachteil der Gewerkschaftsmitglieder verfügt werde. Die Beschlagnahme dient lediglich den Interessen aller Gewerkschaftsmitglieder. Der zum Pfleger der gesamten Gewerkschaften ernannte Führer der Deutschen Arbeitsfront, Pg. Dr. Robert Ley, M. d. R., hat sofort die örtlichen Beauftragten der NSD. als Unterpfleger eingesetzt, so daß also der ungehinderte Fortgang der Geschäfte gewährleistet ist.

Die Gleichschaltung der Konsumvereine

Die Geschäftsführer des Reichsverbandes Deutscher Konsumvereine haben folgende Erklärung abgegeben:

Die unterfertigten, gesetzlich vertretungsberechtigten Geschäftsführer des Reichsverbandes Deutscher Konsumvereine, Köln, und der Gegengewerkschaften sind hierdurch für sich und sämtliche ihrem Verband angeschlossenen Konsumgenossenschaften unwiderruflich und unbedingt der Befehls- und Verfügungsgewalt des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, und des von diesem als Beauftragten für die Konsumgenossenschaften ernannten Pg. Karl Müller, gez.: Peter Schlack, gez.: Rob. Schloesser, gez.: Fritz Klein.

Die Geschäftsführer der Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine haben folgende Erklärung abgegeben:

Die unterfertigten, gesetzlich vertretungsberechtigten Geschäftsführer der Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, unterwerfen sich hierdurch für sich und sämtliche ihrem Verband angeschlossenen Konsumgenossenschaften unwiderruflich und unbedingt der Befehls- und Verfügungsgewalt des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, und des von diesem als Beauftragten für die Konsumgenossenschaften ernannten Pg. Karl Müller, gez.: S. Goerling, gez.: A. Grahl.

Im Anschluß an diese Erklärungen hat der Führer der Deutschen Arbeitsfront folgende Anordnungen erlassen:

Wie bereits Pg. Bankdirektor Müller in meinem Auftrag angekündigt hat, hat die Deutsche Arbeitsfront heute die Führung über die Konsumvereine übernommen. Die vertretungsberechtigten Geschäftsführer der Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, und des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, Köln, haben sich bedingungslos und vorbehaltlos unterstellt.

Der Leiter der Wirtschaftsunternehmen der Deutschen Arbeitsfront, Pg. Bankdirektor Müller, übernimmt auch die Leitung der Konsumvereine. Diese Aktion geschieht zum Segen des deutschen Arbeiters, um auch hier die Erparnisse der breiten Massen sicherzustellen und die Werte der Konsumvereine für das gesamte Wohl des Volkes nicht verfallen zu lassen.

Die Aktion selbst ist eine Umwandlungsaktion, das heißt, daß ein weiterer Ausbau nicht geduldet wird, daß schon jetzt alles faule und Bekleidende in kürzester Zeit abgelesen wird, daß im Einvernehmen mit den Vertretungen des Mittelstandes ein gerechter Ausgleich schon jetzt angebahnt wird. Die Dienststellen der NSDAP werden ersucht, ihre feindselige Einstellung den Konsumvereinen gegenüber abzulegen, denn sie können gewiß sein, daß von der Führung alles getan wird, was dem Wohle des Volkes und dem Wohle Deutschlands nützt.

Die zukünftige Organisation der Konsumvereine ist folgende:

Beide großen Reichsverbände der Konsumvereine werden in einen Reichsverband übergeführt und zusammengeführt. Damit wird in der Verwaltung große Erparnis erzielt werden. Grundlegend wird in keiner Organisation mehr abgelehnt, sondern der Leiter, Pg. Müller, ist von mir ernannt, und er ist bevollmächtigt, weitere Leiter der einzelnen Bezirke und Ortsvereine zu ernennen.

Der Verwaltungsrat, der dem Pg. Müller beigegeben ist, wird die kleine Kammer sein; außerdem wird eine große Kammer gebildet werden, um das Verhältnis zwischen dem neuen ständischen Aufbau und den Konsumvereinen endgültig zu klären und um die Umwandlung um so früher und organischer gestalten zu können.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, gez.: Dr. R. Ley.

Konsumvereine nicht gefährdet

Der mit der Übernahme der Konsumvereine beauftragte Leiter der Wirtschaftsbetriebe der Gesamtverbände der Arbeiter und Angestellten gibt bekannt:

Es ist selbstverständlich, daß die Deutsche Arbeitsfront nicht Einrichtungen zerstören wird, die der Versorgung der Arbeiter und Angestellten mit preiswerten Waren dienen. Demnach können die Konsumvereine nicht ohne weiteres aus dem Wirtschaftsleben ausgeschaltet werden, vielmehr ist es wünschenswert, daß nach wie vor bei ihnen gehandelt wird und sie in ihrer auf die Versorgung der Arbeiter und Angestellten gerichteten Tätigkeit, ganz und vollwertige Waren diesen Kreisen zu vermitteln, nicht gehindert werden. Es muß dieses der entgegengegesetzten Auffassung berechtigter Kampfbünde des Mittelstandes gegenüber ausgesprochen werden. Die Konsumvereine sind also bis auf weiteres nicht in ihrer Geschäftstätigkeit durch irgendwelche Maßnahmen der NSDAP oder anderer Kreise zu hemmen, allerdings darf auch keine weitere

Ausdehnung derselben stattfinden. Die großen Werte, die, aus den Spargrößen der Arbeiter stammend, in den Konsumvereinen investiert sind, verlangen eine pflegliche Behandlung, damit sie nicht verfallen.

Die christl.-nationalen Konsumgenossenschaften zur Lage

Vorstand und Ausschussrat des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, Sitz Köln, tagten am 8. Mai 1933 in Köln. Der Verbandsvorsitzende führte in seinem Referat „Konsumgenossenschaften und Nation“ u. a. folgendes aus:

Vorstand und Ausschuss begrüßen die mehrfachen Erklärungen der Reichsregierung, daß alle Eingriffe in die Wirtschaft zu unterbleiben haben und daß die Träger der Wirtschaft wieder mit Zurecht ihre Arbeit für den wirtschaftlichen Aufstieg aufnehmen können. Sie begrüßen mit besonderer Genugtuung die Erklärung, daß sie keine Maßnahmen gegen die Konsumgenossenschaften plane, die deren Spargelder gefährden könnten.

Die Konsumgenossenschaften sind ein wichtiger, unentbehrlicher Teil der Wirtschaft. Ihr Umfang — 4,5 Prozent des Umsatzes des deutschen Einzelhandels — bedeutet keine Bedro-

hung des Bestandes des privaten Einzelhandels. Sie sind aber ein unbedingt notwendiges soziales und erfolgreiches Korrektiv jeder Wirtschaftspolitik, weil das Gewinnstreben mit jeder, auch mit der ständischen Wirtschaftsform verbunden sein wird.

Die menschenwürdige Lebenshaltung der unbemittelten Schichten ist weitestgehend von der Gestaltung der Preise für die täglichen Bedarfsgegenstände abhängig. Da nach allen Erfahrungen der Vergangenheit eine staatliche Preisgestaltung nur in ganz beschränktem Umfang möglich und erfolgversprechend ist, muß das lebendige Korrektiv — dargestellt durch die auf Bedarfsdeckung eingestellte, jedes Gewinnstreben ausschließende Genossenschaftsbewegung der Verbraucher — erhalten werden.

Die Genossenschaftsbewegung der Verbraucher bedarf mindestens einer ebenbürtigen Gegenbewegung wie das Genossenschaftswesen der anderen Stände des deutschen Volkes. Die Genossenschaften der unbemittelten Staatsbürger sind ein gleichberechtigtes Glied der deutschen Genossenschaftsbewegung. Sie erfüllen deshalb dieselben Voraussetzungen und haben dieselben Wesenseigenschaften wie die Genossenschaften der Landwirtschaft, des Handwerks und des Kleinhandels. Der allgemeinere Genossenschaftsgedanke muß geschützt werden, wo immer er sich findet!

Neubau der Gewerkschaften

Manchen Leuten hat die Übernahme der „freien“ Gewerkschaften durch die Beauftragten der NSD. und die daraufhin sich bildende Arbeitsfront große Enttäuschung bereitet.

Gewisse reaktionäre Kreise hatten gehofft, die Gewerkschaften würden zerfallen werden, dann wäre für ihr Treiben die Bahn frei gewesen.

Diesem „frommen“ Wunsch haben diese Herren zu Grabe tragen müssen. Die ehemaligen „Führer“ der freien Gewerkschaften hatten ebenfalls die Absicht, die Verbände zugrunde gehen zu lassen. Die Massen der Mitglieder wären aller berechtigten Ansprüche verlustig gegangen und sollten als organisationslose, führerlose Millionenarmee sich zu einer Gefahr für den deutschen Volksstaat auswachsen. Auch diese „guten“ Absichten wurden vereitelt. Das, was die deutschen Arbeiter in jahrzehntelangem freiwilligen Arbeiten und Opfern aufbauten, das wurde ihnen durch die NSD. in eine neue Zeit hinübergerettet. Vieles war faul an diesen Gebilden, es wurde ausgemerzt. Auf gesunder Grundlage stehen nun die Verbände da. In der Deutschen Arbeitsfront vollzieht sich Ausgleich und die Vereinigung der bisher verschiedenen Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung. In zwei gewaltigen Säulen steht das Arbeitertum sichtbar vor uns, der Arbeiter- und der Angestellten-Säule. Organisch werden sich innerhalb dieser beiden monumentalen Bauwerke die einzelnen Berufsgruppen als Fachschaften gliedern. Diese Entwicklung ist in vollem Gange. Sie ist der Weg zum ständischen Aufbau der deutschen Wirtschaft.

Bei diesen grundsätzlichen Betrachtungen wird jedem klar, daß den Gewerkschaften in der Ständewirtschaft große Bedeutung zukommt.

Jeder denkende Arbeiter und Angestellte wird deshalb nie auf den Einfall kommen, aus der Gewerkschaft auszutreten. Dem, der noch unorganisiert ist, wird allmählich klar, daß er sich einer Gewerkschaft anschließen muß. Die NSDAP. und die NSD. haben ihre Pforten geschlossen. Der einzige Weg, sich an dem Aufbau der ständischen Gliederung zu beteiligen, ist mittels der Eintritt in die Gewerkschaft. Die Ausübung vieler Staatsbürgerrechte wird sich dereinst im Rahmen der Stände vollziehen.

Es liegt an jedem einzelnen, ob er sich als Stein in das große Bauwerk eingliedern will, um aller Rechte als vollwertiger Staatsbürger teilhaftig zu werden.

Aus dem Verbandleben

Geschäftsstellenkonferenz Ettlingen.

Zum Zwecke der Aufklärung über die erfolgte Unterstellung der christlichen Gewerkschaften hatte die Geschäftsstellenleitung die Vertrauensleute des Geschäftsstellenbezirks zu einer Konferenz auf den 12. Mai nach Karlsruhe in das Gasthaus „Zum Palmengarten“ eingeladen. Aus dem Altstadl, aus Oberstern, der Pfalz und Strickhorn waren die Delegierten äußerst zahlreich erschienen. Nach einem kurzen Begrüßungswort des Kollegen Durst nahm der Bezirksleiter, Kollege Kümmerle, Freiburg, das Wort zu einem Vortrag über das Thema: „Unsere Stellung zum neuen Staat und unsere Einordnung in die deutsche Arbeitsfront“. Kollege Kümmerle führte u. a. folgendes aus: Die nationale Revolution habe nach der Rohmrevolution den Staat von Grund auf neu geformt und ihm eine ganz neue Form gegeben. Aber auch in der Wirtschaft habe die neue Zeit ganz gewaltige Umwälzungen herbeigeführt. Der 1. und 2. Mai 1933 und die erfolgte Gleichschaltung der christlichen Gewerkschaften seien Meilensteine in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung geworden. Die alten Formen der Gewerkschaftsbewegung seien geplatzt, und Neues ist im Werden begriffen. Die Zeit der Demokratie ist vorbei, an deren Stelle ist das Führerprinzip getreten. Nachdem bereits die Mittelstands- und Bauernfront im wesentlichen geschaffen sei, werde nun auch die Deutsche Arbeiterfront immer deutlicher sichtbar. Damit sei der Weg frei geworden zur Einheitsfront der Arbeiterschaft und zum Aufbau einer ständischen Wirtschaftsordnung, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als gleichberechtigte Wirtschaftsfaktoren wirken sollen.

Die christlichen Gewerkschaften bringen in die Deutsche Arbeitsfront vor allem vier Dinge mit: 1. eine geschlossene Gewerkschaftsbewegung, 2. gesunde Kräfte, frei von jeder Korruption, 3. eine gesunde Arbeiterschaft und 4. den guten Willen zur Mitarbeit. Der in unserer bisherigen Bewegung ein guter und treuer Mitarbeiter war, der wird dies auch in der neuen Gewerkschaftsform sein. Sodann richtete er an alle Vertrauensleute den dringenden Appell, auf dem Posten zu bleiben, bis die Überführung unserer Bewegung erfolgt sei und schon dann keine Auslassungen. Großer Beifall dem Redner für seine richtunggebenden Darlegungen.

In einer lebhaften Ansprache, die sich mit den Ausführungen des Kollegen Kümmerle voll und ganz deckte, kam die hohe Meinung zum Ausdruck über das Vorgehen unserer Geschäftsstellenleitung, die nun im Dienste für die Rechte der Arbeiterschaft und gegen den Sozialismus

groß und stark werden ließ. Wer ebenso einmütig kam der Wille zum Ausdruck, genau wie bisher zum Wohle der Arbeiterschaft und des Volkes wirken zu wollen. Verschiedentlich wurde aber auch Klage geführt darüber, daß von Mitgliedern der NSD. unserer Mitgliedsbeiträge zu bezahlen, da dies in der Zukunft nicht mehr notwendig wäre. Der Kollege Kümmerle wurde gebeten, alles zu tun, damit hier Klarheit geschaffen werde.

In einem kurzen Schlußwort wies der Kollege Durst nochmals darauf hin, daß wir verpflichtet seien, unsere ganze Kraft für das neue Deutschland einzusetzen, zusammen mit unseren anderen Arbeitskollegen. Er bat weiter, darum besorgt zu sein, daß das Verhältnis zur NSD. ein gutes werden möge. Damit wurde die Konferenz geschlossen.

Krefeld. Die Gleichschaltung der christlichen nationalen Gewerkschaften und die damit vollzogene Einreihung in die große Front zum Segen der deutschen Arbeit, unter der Führung des Herrn Dr. Ley, gab dem Vorstand des Kartells Veranlassung, sämtliche Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu einer Besprechung einzuladen. Fast reiflos haben die Führer, Vorstände, Vertrauensleute, Betriebsräte u. a. der Einladung Folge geleistet und waren im Reifstuhle des Gastenraumes versammelt.

Der Vorsitzende, Therkorf, begrüßte die Teilnehmer, besonders den Redner Otto Kaiser, Düsseldorf. Eingangs der Versammlung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Führers von christlichen Metallarbeiterverbänden, Herrn Franz Wieber, Duisburg. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten nahm der Kollege Kaiser das Wort. Als Teilnehmer an dem ersten deutschen Arbeiterkongress am 10. Mai 1933 in Berlin war er in der Lage, das große Ziel der Reichsregierung unter der Schirmherrschaft des Reichskanzlers Adolf Hitler den Anwesenden vor Augen zu führen. Er schilderte die Eindrücke, die die Rede des Reichskanzlers auf die Teilnehmer hinterlassen habe. Adolf Hitler habe den ehrlichen Willen, durch die Schaffung der deutschen Arbeitsfront die deutsche Arbeiterschaft als gleichberechtigte Volksgenossen einzureihen in die große, nationale Volksgemeinschaft. Einem solchen Willen dürfe man keine christliche Gewerkschaftler die Mitarbeit verweigern. Im Gegenseit sei es Pflicht eines jeden Führers der christlichen Gewerkschaftsbewegung, unter Zurückstellung seiner eigenen Person alles daran zu setzen und mitzuarbeiten an der glückseligen Schaffung der Dinge.

Bewußt sei es schmerzlich für einen alten Gewerkschaftler, der jahrelang geopfert habe für die ihm liebgeordnete Bewegung, nunmehr das Eigenleben derselben aufgeben zu müssen. Schlechte christlich-nationale Gewerkschaftler wären wir, wenn dem nicht so wäre, wenn wir uns gleichgültig von einer Bewegung trennen würden, der wir mit allen Fasern unseres Herzens dienen. Als deutsche Frauen und Männer, als christlich-nationale Gewerkschaftler, kann uns die Einreihung in die große Front der deutschen Arbeit jedoch nicht schwer fallen. Eine Bewegung ist im Entstehen begriffen, die unserem nationalen Willen und unserem christlichen Denken und Fühlen entspricht. Dieser Bewegung unsere Mitarbeit zur Verfügung zu stellen, muß und wird zukünftig unsere Aufgabe sein, damit der Geist der Bewegung, der wir jahrelang gedient, für die wir geopfert, gestritten und gekämpft haben, übertragen wird in die alle Arbeiter und Arbeiterinnen umfassende neue Arbeitsfront der deutschen Arbeit.

Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine Ausführungen, die von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurden.

Die sich an den Vortrag anschließende Aussprache bewachte sich im Rahmen der Ausführungen des Redners. Allgemein kam der Wille zum Ausdruck, der neuen Bewegung mit Vertrauen entgegenzusehen und mitzuarbeiten an der Neugestaltung des Gewerkschaftswesens im deutschen Vaterlande.

Bedauert wurde von fast allen Diskussionsrednern, daß durch die Vorgänge der letzten Wochen in den Betrieben eine Atmosphäre entstanden sei, die ein gemeinsames Arbeiten nicht ermöglicht habe. Von den freigestellten Kollegen wurde verlangt, dafür Sorge zu tragen, daß der Wille zur Mitarbeit ermöglicht und das Vertrauen zu der neuen Bewegung Gemeinut der gesamten christlichen Arbeiterschaft werde.

Die Gleichschaltung sei vollzogen. Die Gleichschaltung wäre sinnlos, wenn sie nur deshalb vollzogen wäre und wir dieselbe bejahten, weil die Gleichschaltung im Zuge der Zeit liegt. Unter wahrer Gleichschaltung verstehen wir volle Hingabe an die neue Bewegung, aus innerster Überzeugung heraus an die Arbeit zu gehen und im Vertrauen auf den Volksheld Adolf Hitler mitzuarbeiten an der großen, aber auch schweren Aufgabe zur Gestaltung der nationalen Volksgemeinschaft, der deutschen Volksgemeinschaft. Der Wille ist vorhanden. Schaffen wir die Möglichkeiten zur Mitarbeit von Männern und Frauen, die überzeuge nationale Bestimmung haben, und das Werk wird und muß gelingen. Mit diesem Ausgang schloß der Vorsitzende nach fast dreistündiger Beratung die Versammlung.

Bekanntmachung

Zur Vermeidung unnötigen Schriftverkehrs machen wir die Bezirks- und Geschäftsstellen und die Ortsgruppenvertreter darauf aufmerksam, daß auch in Zukunft auf ausdrückliche Anweisung des Beauftragten der Deutschen Arbeitsfront der gesamte Geschäftsverkehr, Selbstverpflichtungen und Anforderungen, Abrechnungen, Prüfungsberichte usw. nur an die Hauptgeschäftsstelle des Verbandes zu richten sind. Der Verkehr mit der Deutschen Arbeitsfront und deren Beauftragten erfolgt nur über die Zentrale des Verbandes.

Die Hauptgeschäftsstelle.

† Sterbetafel †

Wilhelm Schmidt, Cottbus, 84 J. — Konrad Böhmes, Krefeld, 77 J. — August Krehoff, Aachen, 67 J. — Josef Stollenwerk, Aachen, 75 J. — Maria Esch, Schiefbahn, 24 J. — Hermann Raus, Boisheim, 50 J. — August Götsch, Neustadt/Schl., 74 J. — Gustav Richter, Södingen, 66 J. — Adam Jofes, Ehenrot, 61 J. — Ursula Haas, Ayl/Genden, 74 J. — Katharina Büchelens, Schöffen, 47 J. — Johann Terhart, Bocholt, 34 J. — Anna Gurb, Schmeiditz, 62 J. — Anna Umlauf, Neutode, 60 J. — Peter Nolte, Aachen, 81 J. — Anton Knipping, Bocholt, 72 J. — Wilhelmine Baumer, Waldkirch, 58 J. — Franz Sauer, Düren, 79 J. — Maria Eisele, Augsburg, 59 J. — August Jakobus, Bann, 59 J. — Wilhelm Sejer, Düren, 77 J. — Theodor Schwarz, Krefeld, 67 J. — Jakob Galtzer, Kaiserlautern, 74 J. — Franz Anton Philipp, Zell, 58 J. — Hedwig Jacker, Langenbielau, 35 J. — Dominikus Derichs, Veltrath, 74 J. — Johann Nik. Rosenbaum, Naals, 77 J. — Heinrich Neuen, Waldhausen, 65 J. — Bernhard Wiffing, Heide i. W., 66 J. — Franz Brammer, Aachen, 68 J. — Emma Schmetzer, Barmer, 35 J. — Ida Kunz, Schillbrunn, 29 J.

Ruhet in Frieden!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Zur Lage der deutschen Textilarbeiter. — Um die Arbeitslosenversicherung. — Ausfuhr bleibt rückgängig. — Die Kapitalausnutzung der deutschen Textilarbeiter. — Einheitsverband für die Tuchindustrie. — Vor einer neuen „Rohwolle“. — Dr. Ley an den Reichswirtschaftskommissionar. — Der Reichswirtschaftskommissionar gegen wilde Nationen. — Neue Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten. — 50 Jahre Welt-Tuchindustrie. — Polens Kunstseidenfabrikation. — Neuregelung für die sozialen Ehrenämter. — Die Wehrkraftzuschläge. — Vermögensbeschlagnahme bei den freien Gewerkschaften. — Die Gleichschaltung der Konsumvereine. — Konsumvereine nicht gefährdet. — Die christlich-nationalen Konsumgenossenschaften zur Lage. — Neubau der Gewerkschaften. — Reutillaton: Verantwortungsbewusste Gewerkschaftsarbeit. — Auf dem Arbeitsfelde der bergischen Strangfächer. — Aus dem Verbandsleben. — Bekanntmachung. — Sterbetafel.

Schriftleitung: Otto Kaiser, Ddorf, Horstl. 7.